

Russlands Botschafter Sergej Netschajew im Exklusivinterview (Teil 2)

Der 100. Geburtstag des sowjetischen Diplomaten Walentin Falin bietet im Jahr 2026 den Anlass, den Zustand der europäischen Sicherheit grundlegend zu prüfen. Nachdem Botschafter **Sergej Netschajew** im ersten Teil das historische Wirken dieses Brückenbauers würdigte, analysiert er nun im Gespräch mit **Éva Péli** die aktuelle Lage. Netschajew verdeutlicht, wie die zerstörten Nord-Stream-Pipelines die Energiepartnerschaft beendeten, warum sich Berlin heute enger an Washington bindet und wo er trotz der tiefen Krise noch Kanäle für eine künftige Verständigung sieht (Teil 1 des Interviews [finden Sie hier](#)).

Éva Péli: Walentin Falin warnte zeitlebens davor, dass Deutschland seine mühsam errungene Souveränität erneut den globalen Interessen der USA opfern könnte. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die aktuelle Priorisierung der Westbindung in der deutschen Außenpolitik? Handelt Berlin noch aus einer eigenständigen europäischen Identität heraus, wie sie einst Willy Brandt definierte, oder ist die deutsche Diplomatie inzwischen faktisch in der Geopolitik der USA aufgegangen?

Sergej Netschajew: Die Abhängigkeit Berlins ebenso wie der gesamten EU vom „großen Bruder“ jenseits des Ozeans ist - insbesondere in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit - erheblich. Die Bemühungen, Deutschland zur „militärischen und politischen Führungsmacht Europas“ zu machen, binden es trotzdem weiterhin an Washington, das beispielsweise verlangt, ausschließlich Rüstungsgüter US-amerikanischer Produktion zu beschaffen. Bezeichnend ist, dass die baldige Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland weiterhin auf der Tagesordnung steht. Entsprechende Vereinbarungen waren bereits mit der Administration von Joseph Biden getroffen worden. Offenen Quellen zufolge finden hierzu weiterhin Konsultationen mit Washington statt.

Die „Falin-Kwizinskij-Doktrin“ setzte darauf, den Frieden durch tiefe Energiepartnerschaften unumkehrbar zu machen. Nach der physischen Zerstörung von Nord Stream scheint dieses Lebenswerk vernichtet. Wie lassen sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern vor diesem Hintergrund überhaupt noch vor dem endgültigen Bruch bewahren, wenn die ökonomischen Lebensadern derart gewaltsam zerschnitten wurden?

Der Aufbau der Beziehungen zu Deutschland wurde aufgrund ihrer besonderen Bedeutung stets in verschiedenen Dimensionen vorangetrieben: politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Die Architekten des Nachkriegsmodells

dieser Beziehungen, zu denen zweifellos die herausragenden sowjetischen Diplomaten Walentin Falin und Julij Kwizinskij gehörten, gingen zu Recht davon aus, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern gegenseitig vorteilhaft und bereichernd ist. Heute ließe sich dies mit dem Begriff „Win-win“ beschreiben. Dieser Ansatz blieb bis 2022 bestehen, als Deutschland beschloss, die bewährte energiepolitische Kooperation aufzugeben und sich dem Sanktionsdruck gegen Russland anzuschließen mit dem Ziel, uns eine „strategische Niederlage“ zuzufügen und die russische Wirtschaft „in Stücke zu reißen“.

Als Folge der Zerstörung des langjährigen Fundaments der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zeigen sich Krisenerscheinungen in der deutschen Wirtschaft, insbesondere im Energiesektor. Die Folgen des Angriffs auf die Nord-Stream-Pipelines, der inzwischen dreieinhalb Jahre zurückliegt, wirken sich weiterhin negativ auf die aktuelle Lage aus. Deutschland ist heute gezwungen, auf US-amerikanisches Flüssiggas zu setzen, dessen Preis deutlich über dem russischen liegt. Die Strompreise bleiben hoch und beeinträchtigen weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit der hier hergestellten Güter. Branchen, die in irgendeiner Weise vom Gas abhängen, geraten ins Wanken. Unternehmen werden geschlossen, gehen in Konkurs oder verlagern ihre Tätigkeit ins Ausland, was zu einem Rückgang von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen führt. All das wirkt sich auf den Wohlstand der deutschen Bürger aus. Dabei handelt es sich nicht um „russische Propaganda“, sondern um datenbasierte Analysen deutscher Wirtschaftsinstitute. Die Lage wird zusätzlich durch die Aggression der USA und Israels gegen den Iran verschärft, die eine Krise im Nahen Osten - auch im Energiesektor - ausgelöst hat.

Es ist uns keineswegs Anlass zur Schadenfreude, dass die gegenwärtige, von Russophobie geprägte politische Konjunktur die deutschen Behörden zu diesem Kurs veranlasst. Es bleibt zu hoffen, dass in Deutschland früher oder später ein gesunder Pragmatismus, das Bewusstsein für die eigenen nationalen Interessen und die positiven Erfahrungen aus der langjährigen Zusammenarbeit unserer beiden Staaten die Oberhand über antirussische Ressentiments gewinnen werden.

Bereits unter Generalsekretär Leonid Breschnew warnte Falin vor einer ruinösen Rüstungsspirale und der Vernachlässigung der heimischen Wirtschaft. Inwieweit hat das heutige Russland diese Lehren verinnerlicht? Wie gelingt es Moskau heute - im Gegensatz zur späten Sowjetunion -, eine soziale und wirtschaftliche Resilienz zu beweisen, die selbst massiven Sanktionswellen standhält?

Walentin Falin war nicht nur ein erfahrener Diplomat, sondern auch ein weitsichtiger Analytiker. Bereits damals warnte er vor einer übermäßigen Abhängigkeit der nationalen

Wirtschaft von ausländischen Waren und Technologien.

Die entsprechenden Schlussfolgerungen wurden nach dem Amtsantritt des russischen Präsidenten Wladimir Putin gezogen, der stets auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, wirtschaftliche und technologische Souveränität zu erreichen. Dieses Modell hat sich bewährt. Trotz der Tatsache, dass heute gegen Russland die größte Zahl von Sanktionen in der Weltgeschichte verhängt wurde, gelingt es uns, ihnen erfolgreich zu widerstehen und uns kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Nebenbei bemerkt sind Sanktionen ihrer Natur nach destruktiv und entfalten Wirkung in beide Richtungen. Für die einseitigen, illegitimen westlichen Restriktionen gegen Russland zahlen auch die einfachen Bürger jener Staaten, die sie verhängen. Es ist bedauerlich, dass viele derzeitige politische Entscheidungsträger europäischer Staaten in ihrem offen russophoben Eifer die Anliegen ihrer eigenen Bürger ignorieren, die immer lauter ein Umdenken der konfrontativen Denkweise in den Beziehungen zu Russland sowie eine Rückkehr zu einer umfassenden Zusammenarbeit fordern.

Laut Falin sind Vorbehalte gegenüber Russland bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts ein geopolitisches Instrument, um dessen Aufstieg als Weltmacht einzudämmen. Wie erklären Sie sich die historische Langlebigkeit solcher Ressentiments in der deutschen Berichterstattung? Inwieweit erschwert diese festgefahrene mediale und politische Haltung Ihre tägliche Überzeugungsarbeit in Berlin?

Leider hat die Russophobie in Deutschland heute ein in der gesamten Nachkriegszeit beispielloses Ausmaß angenommen. Selbst während des Kalten Krieges und der ideologischen Konfrontation zwischen West und Ost war nichts dergleichen zu beobachten. Systematisch wird ein toxisches Klima rund um Russland und jegliche Kontakte mit russischen staatlichen bzw. gesellschaftlichen Organisationen und Medien geschürt. Die Russophobie ist heute de facto zu einem der Grundpfeiler der innenpolitischen Agenda geworden, die eine radikale Umgestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Modells zugunsten einer umfassenden Militarisierung rechtfertigen soll.

Nahezu täglich erscheinen Meldungen über angebliche russische Spione, hybride Angriffe und Desinformationskampagnen mit dem Ziel, die deutsche Gesellschaft zu destabilisieren. Jegliche technischen Zwischenfälle oder vorsätzliche Handlungen zur Störung der Infrastruktur in Deutschland werden umgehend den russländischen Geheimdiensten zugeschrieben. Das Ziel dieser Diffamierungen ist offensichtlich: Kontakte zu russischen Vertretern möglichst toxisch und gefährlich erscheinen zu lassen und diejenigen

einzuschüchtern, die weiterhin bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten, um die einst freundschaftlichen und konstruktiven Beziehungen zwischen unseren Ländern und Völkern wiederherzustellen. Im Alltag sehen wir uns regelmäßig mit der Weigerung deutscher Behörden, Unternehmen und Finanzinstitute konfrontiert, aus politischen Gründen oder unter Berufung auf Sanktionsvorschriften mit uns zu kooperieren, was die Arbeit der Botschaft erheblich erschwert. Diese Situation kann kaum als normal bezeichnet werden.

Es ist ermutigend, dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung gegenüber der massiven antirussischen Propaganda resistent bleibt, Russland weiterhin positiv gegenübersteht und sich normale, freundschaftliche Beziehungen zu unserem Land wünscht. Wir freuen uns, dass wir hier in Deutschland nach wie vor viele Freunde haben, die sich nicht von der antirussischen Haltung der offiziellen Stellen beeinflussen lassen.

Falin hob oft die Rolle der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern als „natürliche Brücke“ für die Verständigung hervor. Sehen Sie in der heutigen Skepsis vieler Ostdeutscher gegenüber der Eskalationspolitik einen späten Nachhall dieser Falin-Diplomatie? Welche Bedeutung messen Sie dieser regionalen Stimme für eine künftige Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen bei?

Das positive Verhältnis zu Russland ist in Ostdeutschland vielerorts weiterhin spürbar, was sehr erfreulich ist. Es zeugt davon, dass die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR sowohl auf staatlicher als auch auf menschlicher Ebene von echter Freundschaft und gegenseitigem Respekt geprägt waren. Die Menschen in den östlichen Bundesländern erinnern sich gut daran und schätzen es, ungeachtet der Versuche, diese historische Periode zu diskreditieren. Gleichzeitig lehnen sie die derzeit in Berlin vorherrschende, aggressive antirussische Rhetorik ab. Es besteht kaum Zweifel daran, dass die östlichen Regionen eine Schlüsselrolle bei der künftigen Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen spielen werden. Gleichzeitig haben wir auch in den westlichen Bundesländern viele Freunde, und das wissen wir sehr zu schätzen.

Falin träumte von einem „gemeinsamen europäischen Haus“, das Russland als gleichberechtigten Partner einschließt. Blicken wir auf die Trümmer dieser Vision im Jahr 2026: War diese Idee eine realistische historische Chance, die nach 1990 mutwillig zerstört wurde? Oder müssen wir anerkennen, dass die Interessen Washingtons und Moskaus in Europa von Beginn an unvereinbar waren?

Die Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses von Lissabon bis Wladiwostok“ war prägend für die politische Entwicklung in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren. Damals erklärte die sowjetische Führung ihren Verzicht auf Konfrontation mit dem Westen

und bekannte sich zu allgemeinmenschlichen Werten. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten unternahmen damals bedeutende Schritte aufeinander zu, insbesondere im Bereich der nuklearen Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Die internationale Entspannungspolitik wurde zur Realität. Der Helsinki-Prozess weckte konkrete Hoffnungen auf eine respektvolle Zusammenarbeit sowie auf die Einheit des Kontinents.

Leider wurden die inneren Probleme der Sowjetunion, die zu ihrem Zerfall führten, sowie die anfängliche Schwäche der Russischen Föderation als ihr Rechtsnachfolgestaat im Westen vielfach als „Sieg“ über den historischen Gegner fehlinterpretiert. Und mit einem Verlierer spricht man anders. Plötzlich ging es nicht mehr um eine gleichberechtigte Zusammenarbeit beim Aufbau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“, sondern darum, Russland zweifelhaft geopolitische Schritte aufzudrängen – einschließlich der Aufnahme ehemaliger Mitglieder des Warschauer Pakts und der ehemaligen Sowjetrepubliken in die NATO.

Leider sind wir heute weiter denn je von der Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ entfernt. Eine mögliche Rückkehr zu diesem Projekt ist angesichts der offen konfrontativen Haltung der Europäer nicht absehbar. Alle unsere Initiativen in diesem Bereich werden seit vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, torpediert. Wir möchten daran erinnern, dass der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, vorgeschlagen hat, auf dem eurasischen Kontinent einen Rahmen für gleiche und unteilbare Sicherheit sowie für eine gegenseitig vorteilhafte, gleichberechtigte Zusammenarbeit und Entwicklung zu schaffen. Ein solches Modell steht allen interessierten Staaten offen.

Dabei haben wir wiederholt die Behauptungen westlicher Politiker über eine mythische „russische Bedrohung“ Europas zurückgewiesen. Im Dezember 2025 erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow, dass Moskau keinerlei aggressive Absichten gegenüber NATO- oder EU-Mitgliedern hegt. In diesem Zusammenhang haben wir unsere Bereitschaft erklärt, entsprechende Garantien in einem rechtsverbindlichen Dokument auf gegenseitiger Grundlage zu verankern. Bedauerlicherweise blieb eine konstruktive Reaktion auf diesen und ähnliche Vorschläge von europäischer Seite bislang aus. Die europäischen Politiker bereiten sich weiterhin offen auf einen Krieg mit unserem Land vor. Fragen der europäischen Sicherheit werden dabei im Sinne eines Ansatzes „gegen Russland“ statt „mit Russland“ konzipiert.

Herr Botschafter, wir danken Ihnen für dieses umfassende Gespräch und Ihre detaillierten Einblicke in die aktuelle Lage der deutsch-russischen Beziehungen.

Teil 1 des Interviews [finden Sie hier](#).

„Russophobie ist heute zu einem der Grundpfeiler der innenpolitischen Agenda geworden“ | Veröffentlicht am: 5. April 2026 | 6

Titelbild: commons.wikimedia.org / www.rusemb.at / [Creative Commons Attribution 3.0 Unported](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/) 